

Das neue Wachstum ohne Mythos: der Fall Frankreich

Jean-François Vidal

Zwischen 1974 und 1996 gab es in Frankreich eine lange ökonomische und soziale Krise, deren schwerwiegendster Effekt die Beständigkeit einer Massenarbeitslosigkeit war. Die Krise wurde von tiefgreifenden Veränderungen der produktiven Strukturen und der die Wirtschaft einrahmenden Institutionen begleitet. Seit 1997 hat sich die wirtschaftliche Situation entspannt: Der wirtschaftliche Aufschwung wurde von einem schnellem Rückgang der Arbeitslosigkeit begleitet, der sich schneller als erwartet vollzog. Außerdem zeigen verschiedene Indikatoren (inklusive der Geburtenrate), daß sich der Pessimismus der Haushalte und Unternehmen in einen Optimismus verwandelt hat.

Ziel dieses Aufsatzes ist es, die heutige Konjunktur in einem sehr langfristigen Kontext zu betrachten, um zu bestimmen, ob sie in ein kohärentes, neues Wachstumsregime eingebettet ist. So soll die Stabilität des Aufschwungs getestet werden. Natürlich ist es unmöglich in diesem Kontext eine Analyse aller Aspekte des neuen Wachstums zu geben. Das Ziel ist es vielmehr, mit Hilfe quantitativer Methoden die Hauptfaktoren zu bestimmen, die das neue Wachstum charakterisieren. Die Interpretation beruht auf einer großen Zahl langfristiger, statistischer Reihen, die 1896 beginnen. Am Ende des Aufsatzes werden die Hauptquellen genannt werden.

Zunächst werden wir die langfristige Evolution der Beziehung zwischen Wachstum und Beschäftigung analysieren. Danach werde ich die unterschiedlichen Etappen der Zunahme der Dienstleistungen an der ökonomischen Aktivität beschreiben um deren Konsequenzen für die ökonomische Dynamik zu analysieren. Schließlich soll die Rolle der Veränderungen des Regimes der Geldpolitik untersucht werden.

1. Wachstum und Beschäftigung. Die Wiederkehr des extensiven Wachstums

In Frankreich blieb im Laufe des 20. Jahrhunderts die Zahl der Beschäftigten fast konstant. Das Wachstum des Einkommens pro Kopf beruhte also auf Produktivitätszuwächsen der Arbeit. Bei diesen Produktivitätszuwächsen gab es zahlreiche kurz- wie auch langfristige Schwankungen (s. Tab. 1 und Schaubild 1: Y/N ist die Arbeitsproduktivität, K/N ist das Anlagevermögen pro Arbeitsplatz, W/P der reale Lohn). Laut den Arbeiten von J.J. Carré, P. Dubois, E. Malinvaud (1972), von P. Dubois (1985) und von J. Mazier, M. Baslé, J.F. Vidal (1999) gab es vier Phasen des Wachstums der Arbeitsproduktivität: ein langsames Wachstum von

1896 bis 1929, einen Rückgang von 1929 bis 1945, ein sehr starkes Wachstum von 1945 bis 1973 und ein verlangsamtes Wachstum seit 1973.

Es gab also eine Phase sehr intensiven Wachstums zwischen 1945 und 1973 mit hohen Zuwächsen der Arbeitsproduktivität, während das Wachstum nach 1973 immer extensiver wurde. Diese Entwicklung ist keine französische Besonderheit. Maddison und die historischen Statistiken der OECD zeigen, daß sich diese Entwicklung in fast allen entwickelten Ländern beobachten läßt.

Meist wird die Zunahme der Arbeitsproduktivität mit zwei Faktoren erklärt: zum einen durch die Substitution von Arbeit durch Kapital, gemessen das Wachstum des Verhältnisses Kapital/Beschäftigung (K/N), und zum anderen durch die totale Faktorproduktivität (GFP), die man mißt, indem man von der Wachstumsrate der Wertschöpfung Y eine gewichtete Summe des Beschäftigungswachstums N (0,35) und des Kapitalwachstums K (0,65) abzieht. Die Ergebnisse sind in Tabelle 1 festgehalten. Die erhaltenen Perioden entsprechen den aufeinander folgenden Zyklen der französischen Wirtschaft, die von den Höhepunkten begrenzt werden, die mit erhöhten Nutzungsgraden der Kapazitäten korrespondieren.

Tabelle 1: **Das Wachstum der Produktion und der Faktoren**

(mittlere Wachstumsraten für jeden Zyklus inklusive aller Sektoren)

	Wertschöpfung Y	Anlagevermögen K	Arbeitsplätze N	Gesamte Faktorprod. GFP
1900-1907	1,1	1,6	0,1	0,5
1907-1913	2,6	2,6	0,2	1,6
1929-1929	5,7	2,3	0,3	4,7
1949-1957	4,9	3	-0,1	3,9
1957-1964	5,8	5,2	0,2	3,9
1964-1973	5,6	6,7	0,4	3
1973-1979	2,6	4,3	-0,2	1,3
1979-1989	2,2	2,8	-0,4	1,5
1989-1999	1,7	2,7	0	0,7
1996-1999*	2,9	3	1,2	1,4

Die Jahre 1996-1999 sind kein Zyklus, sondern eine Aufschwungphase

Diese Daten zeigen, daß die Wechsel der Trends der Produktivität der Arbeit zum einen auf einer Veränderung des Rhythmus der Substitution von Arbeit durch Kapital (gleichzusetzen mit der Veränderung des Wachstums des Kapitals weniger des Wachstums der Beschäftigung) und auf der globalen Produktivität der Faktoren beruhen. Die Substitution von Arbeit durch Kapital beruht zunächst auf der Entwicklung der Löhne, wachsen diese stark, versuchen die Unternehmen durch Substitution von Arbeit durch Kapital die Kostenentwicklung zu bremsen und so den Anteil der Profite wiederherzustellen. Dazu ist es jedoch auch notwendig, daß die Unternehmen die Investitionen finanzieren können, daß also die Selbstfinanzierung der Unternehmen ausreichend ist und daß der reale Zinssatz nicht zu hoch ist.

Graphik 1 zeigt, daß die realen Löhne zwischen 1949 und 1976 besonders stark gewachsen sind. In den Jahren, die dem zweiten Weltkrieg folgten, gab es mehrere wichtige Veränderungen im Lohnverhältnis. Das Arbeitsrecht wurde beachtlich ausgeweitet, was die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften erhöhte. 1951 wurden gesetzliche Mindestlöhne eingeführt, deren Ziel es war, den am wenigsten qualifizierten Arbeitskräften ausreichende Reallohnerhöhungen zukommen zu lassen. Zwischen 1949 und 1975 gab es starken Druck zu Lohnerhöhungen, welche die Unternehmen animierten, Arbeit durch Kapital zu substituieren. Seit 1976 und vor allem seit 1983 wurde das Wachstum der Reallohne gebremst. Dies läßt sich durch drei Faktoren erklären. Der erste wäre der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit. Nach der Definition der ILO gab es 1976 0,6 Millionen Arbeitslose, 1973 1 Million, 1983 2 Millionen und 1995 3 Millionen. Der zweite Faktor liegt in der Politik. In Frankreich hat die Regierung einen großen Einfluß auf die Löhne, weil 25% der Arbeitskräfte im öffentlichen Sektor beschäftigt sind und sich Teile des privaten Sektors dem öffentlichen Sektor anschließen.

Seit 1976 begann die liberale Regierung Barre die Lohnentwicklung zu bremsen, um die Inflation und den Fall der Profite zu bekämpfen. Der größte Wechsel fand jedoch 1982-1983 statt, als die sozialistische Regierung P. Mauroys (während der Präsidentschaft F. Mitterands) von einer keynesianischen Nachfragepolitik zu einer Politik des »harten Franc« wechselte, auf die ich später noch zurückkommen werde. Der dritte Faktor ist die Schwächung der Gewerkschaften mit einem starken Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrads. In Frankreich war diese Entwicklung nicht direkt der Regierung geschuldet, die keine Intentionen hatte, die Gewerkschaften zu schwächen. Wahrscheinlich stehen eher der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der zunehmende Individualismus am Anfang dieser Entwicklung.

Die Möglichkeit der Unternehmen zu investieren, um Arbeit durch Kapital zu substituieren hängen von ihren Profiten und von den realen Zinssätzen ab. Die Graphik 2 zeigt die disponiblen Profite der Unternehmen als Prozentsatz ihrer Wertschöpfung, die erhaltenen Kredite sowie die Aktien und Anleihenemissionen. Der disponible Profit ist eine Schätzung der Selbstfinanzierung der Unternehmen als Addition der nicht verteilten und reinvestierten Profite. Bis 1938 waren die mittelfristigen Bewegungen des Anteils der Profite an der Wertschöpfung von den Phasen der Inflation und der Deflation bestimmt. 1896 ist der Anteil der Profite niedrig, weil zwischen 1873 und 1896 die Preise stärker gefallen sind als die nominellen Löhne. Zwischen 1896 und 1929 stiegen die Profite stark an, weil die Inflation, die von 1896 bis 1913 gemäßigt und von 1919 bis 1927 stark war, in den Löhnen nur zum Teil Niederschlag fand. Von 1929 bis 1935 bringt die starke Deflation die Profite zum Versiegen. Bis 1938 kann man Preisanstieg mit einem Steigen der Profite und Preisfall mit Fallen der Profite gleichsetzen. Diese Logik verschwand jedoch mit der tiefgehenden Transformation der Regulation zwischen den 30er und den 50er Jahren.

Nach dem zweiten Weltkrieg verschwinden Deflationsphasen, die Indexierung der Löhne verstärkt sich. Diese Entwicklung ist an wichtige Veränderungen der wirtschaftlichen Institutionen gebunden, vor allem an die Aufgabe des Goldstandards und an den Ausbau des Arbeitsrechtes. Als Konsequenz wirken sich Preisveränderungen weniger direkt auf die Profite aus. Nun hängt das Verhältnis

der Löhne zu den Profiten von der Entwicklung der Produktivitätsgewinne und der Reallöhne ab. Von 1952 bis 1973 etabliert sich ein Gleichgewicht ähnlich hoher Wachstumszahlen der Reallöhne, der Produktivität und der Kapitalsubstitution. Der Anteil der Profite stabilisiert sich auf einem hohen Niveau zwischen 1952 und 1973. Zwischen 1973 und 1982 bleiben die Reallohnzuwächse hoch, während die Produktivität zurückzugehen beginnt und außerdem der Ölschock eine äußere Abschöpfung bedeutet. Von 1983 bis 1990 ermöglicht die Entwicklung der Löhne den Anteil der Profite an der Wertschöpfung wieder zu erhöhen. Es ist nötig zu betonen, daß seit 1990 der Anteil der Profite stabil blieb. Die Unternehmen verfügten also über eine große Kapazität für die interne Kapitalakkumulation zwischen 1950 und 1973, die eine starke Substitution von Arbeit durch Kapital ermöglichte, die ihrerseits hohe Profite möglich machte. Dies wurde aber mit dem Zurückbleiben der Produktivität hinter der Lohnentwicklung in den 70er Jahren in Frage gestellt.

Von 1973 bis 1985 wurde die Kapitalakkumulation durch einen Fall der Profite gebremst. Außerdem wurden von 1980 an die realen Zinsen durch die Politik des harten Franc, die ich noch später analysieren werde, immer höher. Die Konsequenz war, daß die Geldpolitik die Investitionen und damit die Kapitalsubstitution gebremst hat.

Die Rückkehr der extensiven Akkumulation beruht nicht nur auf diesem Rückgang der Investitionen, sondern auch auf einer Abschwächung der Zuwächse der gesamten Faktorproduktivität seit 1973. Da diese ein Gleichungsrest ist, ist sie schwer zu erklären. Die neueste Methode besteht darin, den Rest zu verringern, indem die Variation der Qualität der Arbeit und des Kapitals in die Gleichung eingeführt wird. Die Resultate von J. Accardo, L. Bouscharain, M. Jlassi (1999) führen zu Schlußfolgerungen, welche die Unklarheiten noch erhöhen statt sie zu erhellen: Durch die bedeutende Ausdehnung der Ausbildung seit 1960 hat sich die Qualität der Arbeitskraft während der 80er und 90er Jahre stark verbessert. Der Rückgang der Investitionsrate führte wiederum zu einer Alterung des Kapitalstocks, wobei diese Entwicklung zum Teil durch eine Erhöhung des Anteils der Informatik am globalen Kapitalstock ausgeglichen wurde, dessen Lebensdauer sehr kurz ist. Die Summe der Auswirkungen der Qualität von Arbeit und Kapital ist als positiv zu bewerten und ermöglicht es nicht, die Verlangsamung des Produktivitätswachstums zu erklären.

Im Gegenzug ist es sicher, daß die Wachstumsrate der Nachfrage signifikative Auswirkungen auf Arbeitsproduktivität hat, sowohl kurz- als auch langfristig. Kurzfristig entwickelt sich die Wachstumsrate der Produktivität wie der Auslastungsgrad der Produktionskapazität: sie sinkt in Zeiten der Rezession und steigt in Expansionsphasen. Dieser Zyklus der Produktivität ist an die Verzögerungen der Anpassung der Beschäftigung an die Produktion gebunden. Mittel- und langfristig finden die beobachteten Brüche in den Produktivitätstrends in allen Sektoren der französischen Wirtschaft gleichzeitig statt. In allen Sektoren kommt es zwischen 1945 und 1949 zu einer Beschleunigung, während es ab 1973 zu einer Verlangsamung kommt. 1973 kommt es in fast allen Industrieländern zu einer Verlangsamung des Wachstums der Produktivität. Da die Produktionsmethoden in der Landwirtschaft, im Sektor der Halbfertigwaren, der der Produktionsmittel und dauerhaften Konsumgüter und der Dienstleistungen sehr unterschiedlich sind,

bedeutet das, daß das makroökonomische Wachstum die Produktivitätszuwächse in den unterschiedlichen Sektoren beeinflußt. Die Beziehung, wonach ein Wachstum der allgemeinen Nachfrage einen positiven Einfluß auf die Entwicklung der Produktivität hat, wird als das Gesetz von Kaldor-Verdoorn bezeichnet. Seine Existenz erscheint mir unbestreitbar, allerdings beinhaltet es zwei Schwachpunkte. Zum einen ist es eine black-box, die unterschiedliche, nur sehr schwer trennbare Mechanismen beinhaltet: steigende Skalenerträge, Lerneffekte, die beinhalten, daß sich die Produktivität mit der kumulierten Produktion erhöht und der induzierte technische Prozeß, gemäß dem sich durch die den Druck der gesteigerten Nachfrage eine Verknappung des Kapitals, der Arbeit, sowie der Rohstoffe ergibt, die die Unternehmer ermutigt, technische oder institutionelle Innovationen in Kraft zu setzen. Zum anderen schwanken die Schätzungen des Parameters des Gesetzes, d. h. die Elastizität der Produktivität zur Produktion sehr stark und liegen zwischen 0,4 und 0,8.

Klarerweise haben die neuen Regulationsformen nach dem Zweiten Weltkrieg die Entwicklung des Massenkonsums gefördert, während die expansive Geldpolitik und die Entwicklung mittelfristiger Kredite durch Finanzintermediäre die Investitionen förderte, so daß die allgemeine Nachfrage eine Tendenz hatte, stark zu steigen. Von 1973 an führte der Verfall der Profite und die Erhöhung der realen Zinsen zu einer Abschwächung des Wachstums der allgemeinen Nachfrage. Das Kaldor-Verdoorngesetz erklärt sicher einen großen Teil der Veränderungen von 1945-1950 und von 1973.

Man kann auch einen anderen Faktor der Verlangsamung der Produktivitätszuwächse nennen, der weniger wichtig ist, den man aber bei Bekanntheit der sektorbezogenen Daten bezüglich Beschäftigung und Produktion präzise berechnen kann: den Fluß von Arbeitskräften aus Sektoren mit niedriger Produktivität zu solchen hoher Produktivität. Die Berechnungen von J. Henry, V. Leroux, P. Muet (1989) und von J. Accardo, L. Bouscharain, M. Jlassi (1999) zeigen daß die Flüsse von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft einen positiven Effekt auf die Produktivität in den 50er und 60er Jahren hatten, während der Effekt seit der 70er Jahre fast null war. Dieses Verschwinden erklärt allerdings nur ein Fünftel der Verlangsamung in der Gesamtheit der Wirtschaft seit 1973.

Schließlich stieß auch der Taylorismus, der sich nach 1945 schnell in der französischen Wirtschaft verbreitete, am Ende der 60er Jahre an seine Grenzen. Der Taylorismus implizierte eine strikte Hierarchie innerhalb der Unternehmen, bedeutete doch das Prinzip des Taylorismus den Arbeitern jede Autonomie in ihrer Arbeit zu nehmen. Nach 1968 schwächten sich aber die traditionellen Autoritäten in Familien, Erziehung und Betrieben schnell ab. Viele Unternehmungen mußten den Taylorismus aufgeben und zu anderen Produktionsformen übergehen.

Die Rückkehr des extensiven Wachstums, charakterisiert durch schwache Zuwächse der Produktivität der Arbeit hatte wichtige Auswirkungen auf die Dynamik der Einkommen der Haushalte, illustriert durch Graphik 3. Es zeigt den Gegensatz zwischen den Jahren 1952-1989, während derer ein Anstieg der Summe der Reallöhne auf einen Anstieg des durchschnittlichen Reallohns zurückzuführen war, und den Jahren 1996-1999, während derer es das Ansteigen der Beschäftigten war, das denselben Effekt herbeiführte.

Das jüngste Wirtschaftswachstum der französischen Wirtschaft hat als haupt-

sächliche Eigenschaft, daß die Arbeitsproduktivität und der durchschnittliche Reallohn langsam in einem Rhythmus von etwa 1,5 % pro Jahr steigen. Diese Bandbreite hat sich seit Ende der 80er Jahre eingestellt. Seit 1997 beläuft sich das Wachstum der Nachfrage und der Produktion auf 3% und das der Beschäftigung auf etwa 1,5 % pro Jahr. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze war für die Hälfte des Wachstums der Produktion und der realen Lohnsumme verantwortlich. Ein solcher Beitrag ist sehr selten in Frankreich, weil, langfristig gesehen, die Beschäftigung der Unternehmen ein Wachstum von quasi null hatte, so daß das Wachstum der Produktion nur durch Produktivitätszuwachs erklärt werden kann. Die Logik des neuen Wachstums ist, daß die Nachfrage die Schaffung neuer Arbeitsplätze bewirkt, die das Einkommen und den Optimismus der Haushalte erhöht und so den Konsum stimuliert. Die Tatsache, daß das Wachstum der Produktivität und der Reallohne niedrig und annähernd gleich bleibt, garantiert die Stabilität der Verteilung Löhne- Profite: die Rentabilität bleibt stabil und auf einem höherem Niveau als in den Jahren 1973-1985, was es den Investitionen ermöglicht zu wachsen, sofern die monetären Bedingungen günstig sind.

2. Die Wachstumsmotoren: von der Industrie zu den Dienstleistungen

Die Krise der Jahre 1973-1996 bewirkte ein Auseinanderklaffen der Wachstumsraten der verschiedenen Sektoren, was sich auf den Anteil ihres Gewichts in der gesamten Wirtschaft auswirkte. Graphik 4 zeigt den Anteil der drei Gruppen von Produkten am Konsum der Haushalte zu festen Preisen: Lebensmittel, Fertigwaren und Dienstleistungen, wobei die letzteren nicht die Leistungen von Finanzdienstleistern, der öffentlichen Verwaltung und der Wohnungen beinhalten, die nicht durch die Statistiken erfaßt sind, während Transport und alle anderen Dienstleistungen berücksichtigt sind. Bis 1938 ist der Konsum durch starke, jährliche Veränderungen geprägt, die an jene der landwirtschaftlichen Preise gebunden sind. Langfristig sinkt der Anteil der Lebensmittel am Konsum. Dieser Rückgang ist besonders stark in den Jahren 1949-1979, weil sich die Reallohnsteigerungen dieser Zeit vor allem im Kauf von Fertigwaren niederschlug.

Das Gewicht der Industrie am Konsum der Haushalte beträgt zwischen 1896 und 1930 durchschnittlich 28%. Von 1949 bis 1973 steigt es von 25% auf 39 % um sich auf dieser Höhe zu stabilisieren. Zentral ist der Anstieg von 1949 bis 1973, der sich durch eine leichte Beschleunigung der Tendenz zu einem Fall der realen Preise von Fertiggütern und vor allem durch einen massiven Anstieg der Käufe von dauerhaften Konsumgütern erklärt, wobei letzteres durch den Anstieg der Urbanisierung, der Entwicklung von Kreditvergaben an Haushalte und der Stabilität des Anstieges der Einkommen der Haushalte, das die Bedienung der Kredite kalkulierbar machte, gefördert wurde. Dies illustriert, wie der Fordismus die Lebensweise beeinflußte.

Die Entwicklung des Gewichtes der Fertiggüter ermöglicht einen Teil der Erklärung der Entwicklung der Dienstleistungen. Graphik 4 zeigt, daß es eine hundertjährige Tendenz zum Anstieg des Anteils der Dienstleistungen am Konsum gibt, der allerdings von 1959 bis 1973 auf Grund des starken Anstieges der Industriegüter unterbrochen wurde. Der reale Preis der Dienstleistungen ging von 1896 bis 1913 wegen des Falls der Transportpreise zurück. Seit der 20er Jahre kommt

es zu Nettosteigerungen. Die Tatsache der langfristigen Steigerungen der realen Preise und ihr gleichzeitiger Zuwachs am Gewicht des Konsums zeigt, daß ihre Einkommenselastizität höher als 1 ist, was sie Luxusgütern ähnlich macht. Studien von N. Herpin und D. Verger (2000), sowie von G. Abramovici (1996) zeigen, daß seit den 70er Jahren vor allem Ausgaben für Gesundheit, Transport und Kommunikation, sowie für Freizeit und Kultur am schnellsten zugenommen haben.

Von 1973 bis 1999 hat der reale Preis von Industriegütern weiter abgenommen und kann die Stagnation des Industriegüteranteils am Konsum der Haushalte nicht dokumentieren. Diese erklärt sich zum Teil durch die starke konjunkturelle Sensibilität des Konsums von dauerhaften Konsumgütern auf die Einkommen der Haushalte, deren Wachstum nach 1973 gebremst wurde, und zum anderen durch langfristige Sättigungseffekte. Mit den 70er Jahre hat der Verstärterungsgrad einen hohen Wert erreicht und hat seitdem kaum zugenommen. Der Wohnungsbau ging zurück, die Versorgung der Haushalte mit Autos hatte ebenfalls ein sehr hohes Niveau erreicht, was das Wachstum der Verkäufe begrenzte. Dies zeigt, daß die Sättigung des Konsums vom fordistischen Typ einer der Gründe für die Krise war, der vor allem die verarbeitende Industrie betraf. Die jüngste Zunahme der Käufe von Produkten der elektronischen Industrie konnte die Verlangsamung des Konsums elektrischer Haushaltsgeräte und von Autos nicht kompensieren. Seit 1973 fördert die Entwicklung des Konsumverhaltens der Haushalte das Wachstum des tertiären Sektors.

Tabelle 2 ermöglicht eine Bestätigung und Präzisierung der Vorstellung, wonach sich die dynamischen Sektoren während der Periode 1973–1996 verändert haben. Von 1896 bis 1973 haben die Industrien der Halbfertigwaren und der Investitionsgüter das stärkste Wachstum. Ihr Anteil multipliziert sich um mehr als 2. Diese Entwicklung ist ein Ergebnis von vier Tendenzen. Die erste ist die Entwicklung fordistischer Konsumnormen. Die zweite ist die Tatsache, daß langfristig gesehen der Anteil der Maschinen an den Investitionen steigt. Der dritte ist der Faktor des Steigens der Investitionsquote (Investitionen/Wertschöpfung) von 1949 bis 1973. Viertens war die Industrie der Halbfertigwaren in der Lage, ihre Vorleistungen an die Landwirtschaft und die Industrien der Investitionsgüter und Konsumgüter auszudifferenzieren und weiterzuentwickeln.

Diese Rolle als Motor der Industrien der Halbfertigwaren und Konsumgüter zeigt außerdem die Auswirkungen der zweiten industriellen Revolution, die auf den Innovationen von 1870 bis 1900 beruhte und sich bis 1973 verlängerte. Die Erfindung von Generator und Elektromotor, von Verbrennungsmotor und von verschiedenen chemischen Produkten eröffnete diesen Industrien viele Absatzwege, sowohl im Konsum der Haushalte als auch im Verbrauch der Unternehmen. Die institutionellen Veränderungen der Jahre 1945–1950, welche die Investitionen der Unternehmen und den Kauf von Wohnungen und Konsumgütern stimulierten, verstärkten diese Dynamik bis 1973. Danach setzten die Sättigungseffekte und die mittelfristigen Ungleichgewichte, die sowohl Investitionen als auch Konsum negativ beeinflussten, dieser Verlängerung der 2. Industriellen Revolution ein Ende.

Seit den 80er Jahren wurde der Anstieg der Dienstleistungen mehr von der steigenden Nachfrage der Unternehmen unterstützt. Die Branche der unternehmensspezifischen Dienstleistungen beinhaltet verschiedene Aktivitäten: Dienst-

leistungen aus dem Gebiet des Rechnungswesen, des Rechts und verschiedener technischer Bereiche, etc.. Die schnelle Zunahme dieses Bereiches beruht auf zwei unterschiedlichen Motiven (P.Petit 1998, 1999). Erstens fragen die Unternehmen wie die Haushalte immer mehr nach Produkten nach, die hochentwickeltes Wissen bedingen. Es ist die Entwicklung der Informationswissenschaft. Ein zweiter Grund ist ein Streben nach mehr Flexibilität. Um die Kosten zu senken und schnellere Anpassungen zu ermöglichen, externalisieren die Unternehmen einen Teil ihrer Aktivitäten. Man muß hinzufügen, daß die Aktivitäten, deren Konsum von Dienstleistungen am höchsten sind, die Dienstleistungen sind. Es gibt also eine Ähnlichkeit zwischen der kumulativen Entwicklung der Dienstleistungen von heute mit jener der Industrie in früheren Wachstumsphasen.

Tabelle 2: Anteil der Sektoren an der Wertschöpfung zu festen Preisen sowie an der Gesamtbeschäftigung

	Land- wirtschaft	Trad. Konsum- güter	Halbfertig- und Dauergüter	Bau	Energie, Transport	Handel, Dienst- leistungen	Alle Sektoren
Anteil an der Wertschöpfung							
1896	18,3	23,4	11,7	11,1	5,0	30,5	100
1929	11,6	20,8	21,2	10,4	9,3	26,7	100
1949	13,2	19,2	17,3	9,5	11,9	29	100
1973	7	14,8	25,6	9,5	15,6	27,6	100
1999	5,6	11,4	23,3	5,4	22,8	31,5	100
Anteil an den Arbeitsplätzen							
1896	49	22,8	6,2	4,8	4,6	12,6	100
1929	36,3	19,5	12,6	8,6	8,6	16,8	100
1949	33,2	18	13,3	8,6	8,6	20,4	100
1973	13,8	14,6	19,3	8,5	8,5	32	100
1999	6	10,2	13,6	10,1	10,1	51,7	100

Dienstleistungen ohne Finanzsektor, Verwaltung und Wohnbereich

Da die Produktivitätszuwächse der Dienstleistungen und des Handels gering sind, wuchs ihr Anteil an der Beschäftigung stärker als jener an der Wertschöpfung. Seit 1973 blieben die Produktivitätszuwächse der Industrie über den anderen Sektoren, so daß ihr Anteil an der Beschäftigung stärker zurückging als der an der Wertschöpfung. Der starke Rückgang der Industrie während der Krise von 1973-1996 hatte eine wichtige soziologische Konsequenz, den Niedergang der Arbeiterklasse, deren Einfluß auf das wirtschaftliche und soziale Leben stark zurückgegangen ist. In den sozialen Beziehungen Frankreichs spielte das Renaultwerk in Boulogne-Billancourt neben Paris eine sowohl reale als auch symbolisch wichtige Rolle. Diese Fabrik wurde definitiv geschlossen.

Der Handel und die Dienstleistungen realisieren nur schwache Produktivitätszuwächse. Das Verhältnis zwischen makroökonomischem Wachstum und der Tertiärisierung hat sich im Lauf der Zeit verändert. Während der Zeiten starken Wachstums und der Vollbeschäftigung schien der schwache Produktivitätszuwachs der Dienstleistungen als eine Bremse des Wachstums und die Zunahme des tertiären

Sektors an der Beschäftigung als ein Krisenfaktor. Im extensiven Wachstum, das 1980 begann und das durch sehr hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, erscheint die Schaffung von Arbeitsplätzen im tertiären Sektor als ein Hauptelement des cercle vertueux : Schaffung von Arbeitsplätzen, Anstieg der Einkommen der Haushalte, Anstieg des Konsums und der Produktion.

Die Tertiarisierung hat wichtige, mechanische Effekte, die auf den strukturellen Besonderheiten des Handels und der Dienstleistungen beruhen. Erstens ist die Importquote der Dienstleistungen sehr niedrig. Sie beträgt weniger als 10 %, während jene der Industrie über 50% liegt. Der starke Anstieg des Anteils des tertiären Sektors an der Wertschöpfung zu laufenden Preisen und das Ansteigen der relativen Preise der Dienstleistungen bewirken einen Rückgang der Importquote der gesamten Wirtschaft, die 1974 seinen Höchststand erreichte und seitdem moderat zurückging. Die Internationalisierung der französischen Wirtschaft geschieht also nicht mehr durch eine Ausdehnung des Handels mit Gütern und Dienstleistungen, sondern durch Kapitalströme. Die schwache Einbindung der Dienstleistungen in die internationale Wirtschaft, beruht vor allem darauf, daß Dienstleistungen vor allem in einem Verhältnis zwischen Menschen produziert werden, während in der Industrie die Produktion ein Verhältnis zwischen Mensch und Sache ist. Diese Eigenschaft der Dienstleistungen hat also unter anderem als Konsequenz, daß die Produktion eine Nähe zwischen Produzent und Konsument bedingt. Dies bedeutet ein natürliches Hindernis für die Entwicklung des internationalen Handels von Dienstleistungen. In einer Wirtschaft der Dienstleistungen hat die Bedeutung der Nähe Konsequenzen für die lokale Dynamik, so daß die Bedeutung vor allem mittlerer und großer Städte, die über eine breite Palette tertiärer Aktivitäten verfügen, erhöht wird.

Eine zweite Charakteristik der Dienstleistungen ist die Beschäftigung von mehr als durchschnittlich qualifizierten Arbeitskräften. Während der fordistischen Periode kam es durch die Standardisierung der Güter und Arbeitsvorgänge zu einer Dequalifizierung der Arbeitskräfte. Im neuen Regime tertiären Wachstum bedürfen die Dienstleistungen der Gesundheit, der Freizeit, der Kultur und der Beratungstätigkeiten Arbeitskräfte, die in der Lage sind, mit komplexen Informationen umzugehen, wodurch das neue Wachstum höher qualifizierter Beschäftigte bedarf. Diese Tatsache wird oft unterschätzt. In den jüngsten Diskussionen über den Rückgang von wenig qualifizierten Arbeitsplätzen in den entwickelten Ländern, wird oft die Konkurrenz der Schwellenländer und die Zerstörung von Arbeitsplätzen durch Automatisierung erwähnt. Aber im Fall der französischen Wirtschaft zeigen D. Goux und C. Maurin (1997) an Hand eines Modells, das auf der linearen Kombination der sektoriellen Quoten beruht, daß sich zwei Drittel des Rückgangs der wenig qualifizierten Arbeitsplätze durch die erhöhte Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften erklären läßt. Das heutige Wachstum schafft nicht nur viele Arbeitsplätze, sondern auch solche von durchschnittlicher und hoher Qualifikation.

Eine letzte wichtige Eigenschaft der Dienstleistungen ist, daß sie einen großen Anteil von Frauen beschäftigen und daß die durchschnittliche Größe der Unternehmen klein ist. Da Gewerkschaftsmitglieder vor allem bei großen Unternehmen beschäftigte Männer sind, ist die Tertiarisierung der Wirtschaft ein Faktor der Schwächung der Gewerkschaft.

3. Die Veränderungen der Geldpolitik: vom harten Franc zum Euro

Während der letzten 20 Jahre gab es starke Veränderungen der Art der Staatsinterventionen wie auch des Verhältnisses des Finanzsektors zum realen Sektor. Es ist unmöglich, dies allein in einem Artikel zu analysieren, weshalb ich die Analyse auf die Veränderung der Geldpolitik beschränken werde. Denn war diese für die jüngsten konjunkturellen Episoden (der Rezession von 1993 und des Wiederaufschwungs von 1996/97) von großer Bedeutung und ist einer der Berührungspunkte von realem und Finanzsektor.

Die 90er Jahre haben als Besonderheit, der Zyklus mit den höchsten Realzinsen seit mindestens einem Jahrhundert zu sein (s. Tabelle 3). Während des 20. Jahrhunderts waren die Realzinsen in Frankreich oft negativ, vor allem nach den beiden Weltkriegen. In Frankreich gab es keine Hyperinflation wie in Österreich oder Deutschland, sondern nur eine beschleunigte Inflation, die sich auf maximal 40% pro Jahr belief. In Frankreich hatten die Preiserhöhungen der Jahre 1918-1926 und 1945-1951 positive Effekte, weil sie das reale Gewicht der öffentlichen Schuld reduzierten und negative Realzinsen verursachten, was den Wiederaufbau erleichterte.

Der Beginn der 80er Jahre bedeutete eine wichtige Wende in der Dynamik der Zinsen. Vor 1980 reagierte die Dynamik der kurzfristigen Zinssätze nicht völlig auf die Preisentwicklung, so daß ein Steigen der Inflation einen Rückgang der Realzinsen bewirkte. Nach 1980 sind die kurzfristigen Zinsen völlig an die Inflation indexiert. Diese Wende ist an eine Veränderung der Geldpolitik gebunden, die zunächst in den USA und dann von den anderen Industriestaaten vorgenommen wurde: Die Zentralbanken haben sich auf eine striktere Inflationsbekämpfung verlegt.

Tabelle 3 des realen kurzfristigen Zinssatzes und der Inflationsrate für jeden Zyklus

	Reale Zinsen	Inflationsrate
1899-1907	1,2	2,2
1907-1913	2,4	1,4
1920-1929	-2,3	8,1
1929-1938	1,2	2,1
1949-1957	-5,0	8,9
1957-1964	-0,8	5,8
1964-1973	1,7	5,1
1973-1979	-1,3	12,0
1979-1989	3,8	8,0
1989-1999	5,8	1,6

In einer offenen Volkswirtschaft bedeutet Geldpolitik zum einen die Politik der realen Zinssätze und zum anderen die Politik des Wechselkurs zwischen nationaler und den internationalen Währungen. Es ist möglich einen Index der Wirkung restriktiver Geldpolitik zu bilden, durch eine Kalkulation mit dem gewogenen Durchschnitt der kurzfristigen Realzinsen und der prozentuellen Variation der Wechselkurse. Im Fall Frankreichs kommt es oft zu einer Gewichtung von 0,8 für

den realen Zinssatz und 0,2 für die Variation des Wechselkurses. Diese Gleichung bedeutet, daß eine Aufwertung der nationalen Währung um 10 % gleichbedeutend mit einer Erhöhung der Realzinsen von 2 Prozentpunkten ist. Sie hat restriktive Auswirkungen, weil sie die Exporte benachteiligt.

Graphik 5 verdeutlicht drei Phasen: von 1953 bis 1979 war die Geldpolitik wenig restriktiv; der Indikator war zwischen 1958-1959 und zwischen 1975-1979 negativ, weil der niedrige reale Zinssatz mit einer Abwertung des Franc verbunden war. Von 1980 bis 1992 wurde die Geldpolitik immer restriktiver und blieb sehr restriktiv bis 1995. Die realen Zinssätze stiegen bis 1992 und der Franc wertete von 1984 bis 1996 auf. Dies ist die Zeit der Politik des harten Franc. Seit 1995 wurde die Geldpolitik weicher, was zum Wiederaufschwung der französischen Wirtschaft von 1996-1997 beitrug, weil sich die Geldpolitik wie zahlreiche empirische Studien zeigen, mit ein bis zweijähriger Verspätung auf die reale Wirtschaft auswirkt.

Frankreich ging also wie viele andere Länder während der 80er Jahre zu einer restriktiven Geldpolitik über. Allerdings war sie keine monetaristische, weil diese das floating der Wechselkurse betont, um die Autonomie der nationalen Geldpolitik sicherstellen zu können. Diese Vorstellung wurde in den USA und Großbritannien angewandt. In Frankreich kam es im Gegenteil aber zu einer Politik, in der die Inflationsbekämpfung durch eine Koppelung des Franc an die deutsche Mark erreicht wurde. Da die Mark eine Tendenz zur Aufwertung hatte, bedeutete dies eine Politik des »harten Franc«. Diese Politik trat 1983 in Kraft, als die sozialistische Regierung die keynesianische Politik aufgab. Zwischen 1949 und 1980 hatte die französische Wirtschaftspolitik das Wachstum als Priorität, höhere Inflationsraten als im Durchschnitt der Industrieländer wurden akzeptiert. Die Differenz der Inflation wurde durch Abwertungen des Franc ausgeglichen. Diese Politik wurde 1983 aufgegeben. Wie in den meisten anderen Ländern wurde in Frankreich die keynesianische Politik aufgegeben. Jedoch muß man zwei französische Besonderheiten betonen: Einerseits wurde die restriktive Geldpolitik im Rahmen eines Systems fixer Wechselkurse eingeführt und zum anderen dauerte diese Phase restriktiver Geldpolitik länger als in anderen Ländern.

Den Vorrang, dem die Stabilität des Franc im Verhältnis zur Mark eingeräumt wurde, erklärt sich durch mehrere Gründe. Der erste ist, daß die expansive Politik, die 1981 nach dem Wahlsieg Mitterands gemacht wurde, ein Handelsbilanzdefizit bewirkt hat, das durch Kapitalzufluß gedeckt werden mußte. Kapitalflüsse reagieren aber sehr sensibel auf Wechselkursserwartungen. Um diese Erwartungen zu stabilisieren, machte die Regierung die Stabilisierung des Franc zur Achse ihrer Wirtschaftspolitik. Ein weiterer Grund ist, daß die französischen Regierenden der europäischen Integration positiv gegenüberstanden und die Bindung des Franc an die Mark die Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich vertiefen und die Bundesbank dazu veranlassen konnte, den Franc zu unterstützen. Ein dritter Grund ist, daß die öffentliche Meinung in Frankreich einer Austeritätspolitik negativ gegenüber steht, so daß es notwendig war, eine Legitimität dafür zu finden. In Frankreich war die öffentliche Meinung nicht sehr auf die Preisstabilität fixiert, weil es hier keine Hyperinflation gegeben und die Inflation den Wiederaufbau erleichtert hatte. Die Regierung konnte die Wende von 1983 also nicht durch die Preisstabilität legitimieren, genauso wenig wie durch das Bestreben, die Profite der Unternehmen zu erhöhen. Das beste Argument war, daß es angesichts der

Krise das Beste wäre, die europäische Kooperation zu verstärken, was durch die Bindung an die Mark geschah.

Dieses Politik bedeutete, daß die französische Inflation, die seit 1974 einen Durchschnitt von 10% hatte an die Deutschlands, die damals bei etwa 3% lag, konvergieren würde. Die Priorität des Kampfes gegen die Inflation war eine Konsequenz der Politik des harten Franc. Die zwei wichtigsten Instrumente dazu waren die Aufrechterhaltung eines hohen realen Zinssatzes sowie die Aufgabe der Indexierung der Löhne an die Preise, was zu einer starken Verlangsamung des Wachstums der Reallöhne führte.

Die Politik des harten Franc hatte sehr wichtige Konsequenzen. Die französische Inflationsrate, die seit 1954 höher war als jene des Durchschnitts der Industrieländer wurde seit 1987 niedriger als jene des Durchschnitts. Seit 1986 begann der Franc, der vorher oftmals abgewertet wurde, aufzuwerten. Wie schon gesagt, bewirkte die Verlangsamung der Lohnentwicklung eine Erholung der Profite. Es läßt sich also sagen, daß die Politik des harten Francs ihr Ziel erreicht hat. Allerdings hatte sie auch negative Konsequenzen. Erstens bewirkte die Austerität eine Verlangsamung des Wachstums und eine Beschleunigung des Anstieges der Arbeitslosigkeit. Die zweite ist das Ansteigen des Rechtsextremismus.

Der Autor dieses Artikels ist kein Spezialist der Politikwissenschaft, aber die Lektüre statistischer Serien von Wahlergebnissen läßt keine Zweifel. Der Front National wurde 1972 von J.M. Le Pen gegründet. Bis 1982 erreichte er weniger als 1% der Stimmen bei allen Wahlen. 1983, während der Gemeinderatswahlen erreichte er in einigen Städten ein besseres Ergebnis. Bei den Wahlen der europäischen Abgeordneten 1984 erreichte er in ganz Frankreich 5% der Stimmen und 1988 bei den Präsidentschaftswahlen 14%. Eine detaillierte geographische Analyse des Wahlverhaltens, die durch Umfragen ergänzt ist, zeigt, daß die Wählerschaft des Front National vor allem aus zwei Gruppen besteht: Die erste sind traditionell sehr konservative Wähler, die bei den Wahlen 1983 und 1984 ihre Abneigung gegenüber der sozialistischen Regierung und François Mitterrand zum Ausdruck brachten, der 1981 Präsident wurde. Bei der zweiten Gruppe handelt es sich um Arbeiter. Der schnelle Anstieg der Arbeitslosigkeit während der 80er Jahre, verbunden mit den starken Umstrukturierungen, traf die Arbeiterklasse stark. Da diese Entwicklungen zum Teil auf den Entscheidungen für die Austeritätspolitik einer linken Regierung beruhten, wählten viele nicht mehr links, sondern den Front National. Es ist wichtig das Wachstum dieses Wählerbestandes der Arbeiter beim Front National zu betonen. Am Anfang der 90er Jahre wurde der Front National die Partei mit den meisten Arbeiterstimmen. Es ist wahrscheinlich, daß der starke Niedergang der Industrie während der Krise ein Ansteigen der Unsicherheit für Arbeiter bewirkte und daß sich die Angst in einer Suche nach Sündenböcken niederschlug.

Trotz dieser sehr negativen Konsequenzen kann man der Meinung sein, daß die Austeritätspolitik von 1983 gerechtfertigt war, weil sie half, die Ungleichgewichte der französischen Wirtschaft zu resorbieren. Allerdings sind eine Mehrheit der Experten auf dem Gebiet der Makroökonomie der Überzeugung, daß die nachfolgenden Regierungen einen Fehler machten, diese Politik bis 1995 fortzusetzen. Seit 1987-1988 war die Inflation sehr niedrig, und die Rentabilität der Unternehmen normalisierte sich ebenfalls. Trotzdem wurde die Austeritätspolitik

verschärft. Der Hauptgrund ist die deutsche Vereinigung, die inflationistischen Druck bewirkte. Die Bundesbank erhöhte ihre Zinssätze. Um die Parität zur Mark aufrecht zu halten, mußte die Bank von Frankreich ebenfalls ihre Zinsen erhöhen. Zwischen 1990 und 1995 hatte Frankreich höhere Nominalzinsen als Deutschland, eine Risikoprämie sozusagen, weil die Kapitalbesitzer eine Abwertung des Franc befürchteten. Außerdem bewirkte die deutsche Einheit, daß die Inflation in Frankreich niedriger war als in Deutschland. Als Konsequenz waren die realen Zinsen in Frankreich sehr hoch, was der wichtigste Grund für die Rezession von 1992–1993 war. Diese Rezession bewirkte einen starken Rückgang der Steuereinnahmen und ein starkes Defizit des Staatshaushaltes. Da der 1992 unterzeichnete Vertrag von Maastricht zu einer Reduzierung der Defizite verpflichtete, war die Fiskalpolitik bis 1997 sehr restriktiv. Die während der 80er und 90er Jahre vorgenommenen Realzinserhöhungen zwangen die Unternehmen ihre Verschuldung zu reduzieren. Deshalb kann man einen Rückgang der von den Unternehmen erhaltenen Kredite nach 1980 in der Graphik 2 sehen.

Es ist das Ende des Regimes des harten Franc, das Frankreich den wirtschaftlichen Aufschwung nach 1997 erlaubte und es endlich möglich machte, die Potentiale des neuen Wachstumsregimes mit dem damit verbundenen Rückgang der Arbeitslosigkeit auszuschöpfen. Das Regime des harten Franc verschwand, weil der Franc durch den Euro ersetzt wurde. Als die Finanzmärkte realisierten, daß der Euro zu einer Realität wurde, mußten sie mehr keine Abwertung des Franc zur Mark befürchten, so daß die Risikoprämie 1996 wegfiel, was ein Grund für den strukturellen Fall der Zinsen war. Außerdem begannen sich die europäischen Währungen 1995 gegenüber Dollar abzuwerten, was die Exporte Europas belebte.

4. Schlußfolgerung

Das Studium der relativen Daten der französischen Wirtschaft läßt die Schlußfolgerung zu, daß die aktuelle Verbesserung der wirtschaftlichen Situation zum einen auf einer Veränderung der langfristigen Trends und zum anderen auf einer Veränderung der makroökonomischen Politik beruht. Die französische Wirtschaft ist von einer Phase intensiven zu einer des extensiven Wachstums übergegangen, die durch ein schwaches Wachstum der Produktivität und der durchschnittlichen Reallöhne gekennzeichnet ist und in der das Wachstum auf dem *cercle vertueux* Konsum – Schaffung von Arbeitsplätzen beruht. Die Tertiarisierung der Gesellschaft trug viel zu dieser Rückkehr des extensiven Wachstums bei. Dieses neue Wachstumsregime begann bereits während der 80er Jahre, aber die restriktive Geldpolitik hat das Wachstum der Nachfrage bis 1995–1996 blockiert. Der Übergang des harten Franc zum schwachen Euro ermöglichte dann den wirtschaftlichen Aufschwung.

Unsere Erklärung unterscheidet sich von zwei anderen Erklärungsansätzen, die wir als mythologisch betrachten. Der erste Mythos ist jener der tragenden Rolle der neuen Technologien der Informatik und Kommunikation. In Frankreich hat sich der Produktivitätszuwachs während der 90er Jahre verlangsamt. Dies ist vorteilhaft, weil die Reallöhne wegen der Arbeitslosigkeit und des Rückgangs der Gewerkschaften ebenfalls langsam stiegen. Wäre die Produktivität stark gestiegen, hätte das einen Rückgang der Anteile der Löhne an der Wertschöpfung und einen nicht ausreichenden Konsum bedeutet.

Ein zweiter Mythos ist der, daß das Wachstum mit dem Aufstieg der Finanzmärkte verbunden wäre. In Frankreich besitzen die Haushalte wenig Aktien von an der Börse notierten Unternehmen. Spekulative Gewinne können nicht signifikant den Konsum der Haushalte ankurbeln. Die Situation unterscheidet sich von der der USA. Andererseits haben die Zentralbanken Europas mehr Einfluß auf die Konjunktur als die Finanzmärkte. Der Euro wurde von den Zentralbanken gegen den Willen der Finanzmärkte eingeführt, weil es die Möglichkeit der Spekulation auf Wechselkurse verminderte. Allerdings gibt es starken Druck mit dem Ziel die Rolle der Finanzmärkte zu stärken. Dabei handelt es sich vor allem um das Projekt der Umstellung des Pensionssystems auf Kapitaldeckung und Projekte der Bezahlung von Beschäftigten durch stock options.

5. Statistische Quellen

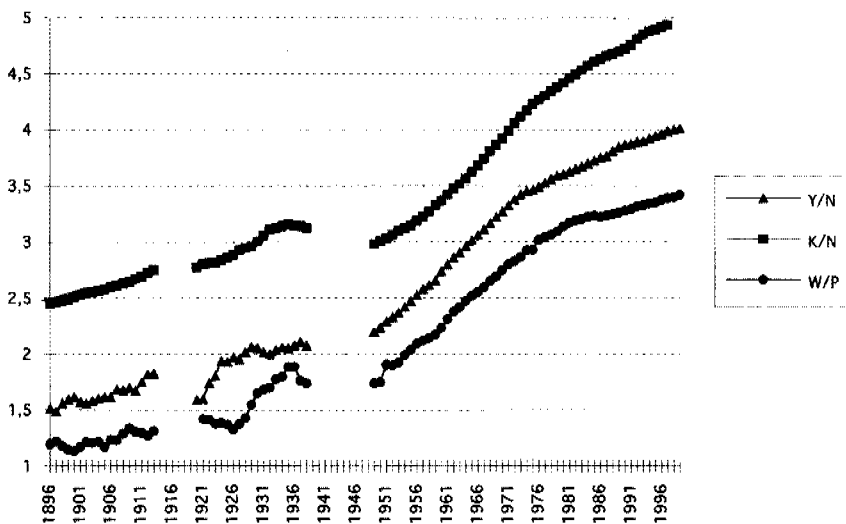
In Frankreich gibt es seit Napoleon den Ersten einen Zentralstaat, der sich auf die rationalistische Doktrin der Aufklärung beruft. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts macht der Staat statistische Untersuchungen (Das Wort statistisch stammt aus dem deutschen Wort Staat.) um die Politik zu rationalisieren. Deshalb gibt es zahlreiche, statistische Quellen über die französische Wirtschaft. Diese Quellen wurden von zahlreichen heutigen Forschern aufgearbeitet. Die Zeitreihen, die ich hier präsentiere stammen aus folgenden Quellen: Carré, Dubois, Malinvaud (1972), Mazier, Baslé, Vidal (1979) und Villa (1993, 1994) stammen.

Übersetzung aus dem Französischen: Taha Nasr

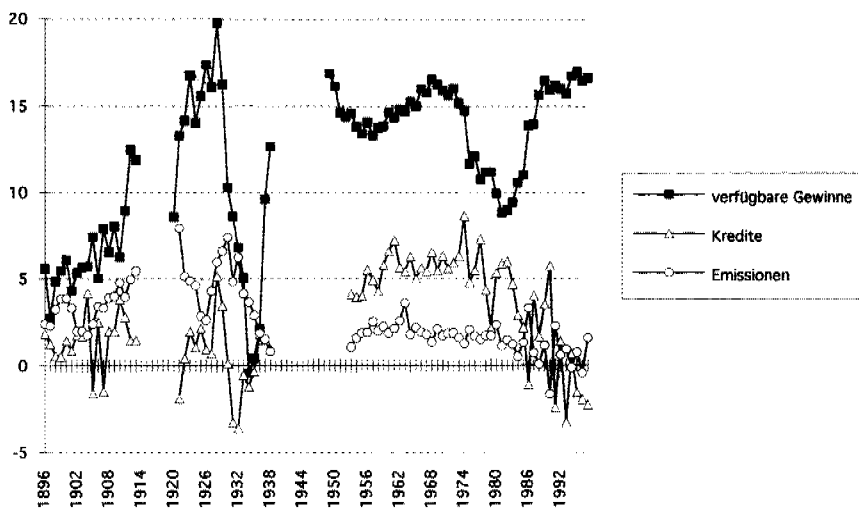
Literatur

- Abramovici G., »La consommation des ménages depuis 1959«, INSEE, Données Sociales, p.383-388
- Accardo J., Bouscharain L., Jlassi M., »Le progrès technique a-t-il ralenti depuis 1990?«, Economie et Statistique, 1999, n° 3, p.53-72
- Carré J., Dubois P., Malinvaud E., »La croissance française: une essai d'analyse économique et causale de l'après-guerre«, La Seuil, 1972
- Dubois P., »Rupture de croissance et progrès technique«, Economie et Statistique, 1985
- Duchenne S., Forgeot G., Jacquot A., »Les évolutions récentes de la productivité du travail non qualifié«, Revue Economique, 1997, p. 1091-1114
- Henry J., Leroux V., Muet P.A., »Capital, travail, progrès techniques. La rupture de 1974« in J.M. Jeanneney, op. Cit
- Herpin N., Verger D., »Consommation: un lent bouleversement de 1979 à 1999«, Economie et Statistique, n°324-325, p.19.56, 1998
- Jeanneney J.M., L'économie française depuis 1967: la traversée des turbulences«, Le Seuil, 1989
- Mazier J., Baslé M., Vidal J.F., »Croissance sectorielle et accumulation en longue période«, Statistiques et Etudes Financières, série orange, 1979, n° 40
- Mazier J., Baslé M., Vidal J.F., »When the Crisis Endures«, Sharpe, 1999
- Petit P., »Formes structurelles et régime de croissance de l'après fordisme«, L'année de la régulation, vol. 2, 1998, p.41-66
- Petit P., »Les aléas de la croissance dans une économie fondée sur la savoir«, Revue d'Economie Industrielle, 1999-II, p.41-66
- Syrkin M., »Patterns of Structural Change«, in Chenery H. et Srinivasan, »Handbook of Development Economics«, vol 1, 1991 North Holland
- Villa P., »Une analyse macroéconomique de la France au XX^e siècle« Editions du CNRS, 1993
- Villa P., »Un siècle de données macroéconomiques«, INSEE Résultats n° 86-87, 1994

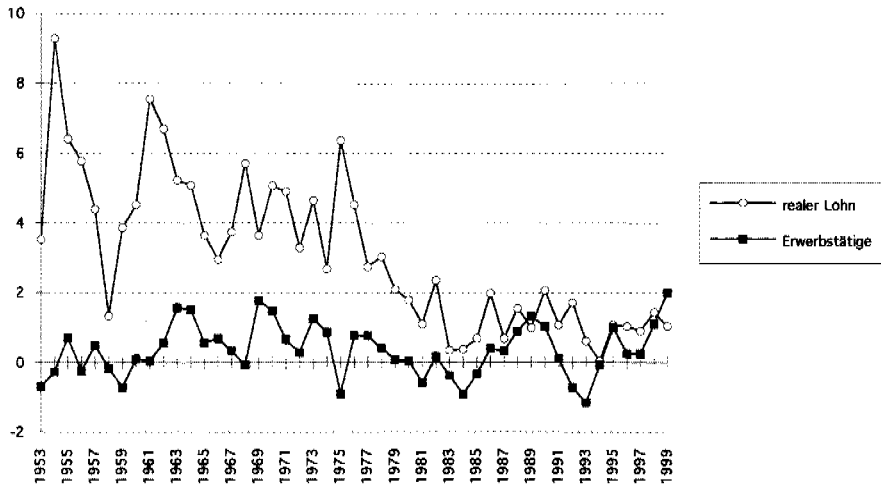
Graphik 1: Arbeitsproduktivität, Kapitalstock je Erwerbstätigem, realer Lohn in den Betrieben 1895–1999 (Logarithmen)



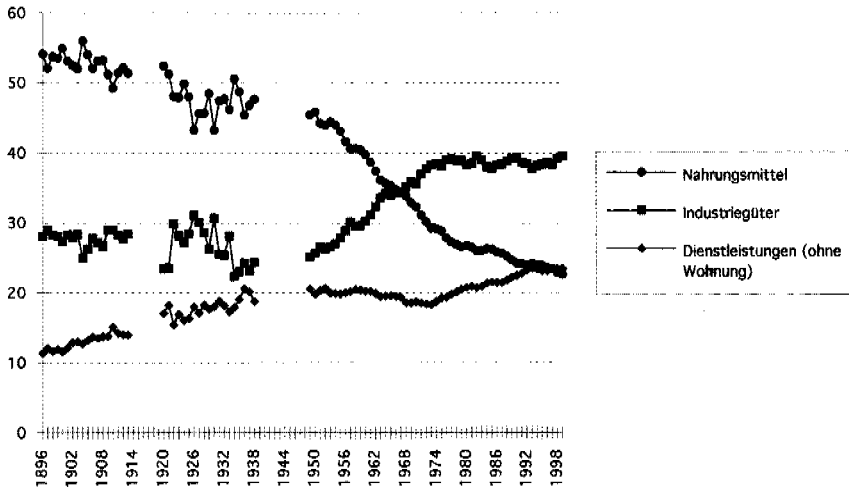
Graphik 2: Finanzierungsströme der Betriebe als Produzent der Wertschöpfung, 1896–1997



Graphik 3: Wachstumsraten des realen mittleren Lohns und der Arbeitsplätze, 1953–1999 (%)



Graphik 4: Anteil der Nahrungsmittel, der Industriegüter, der Dienstleistungen (ohne Wohnung) im Verbrauch der Haushalte, in festen Preisen, 1896–1999 (%)



Graphik 5: Index der Währungsbeschränkung, 1953–1999